

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsozialdemokratiemöglich

Für eine neue Asyl- und Migrationspolitik

Solidarisch, human und zukunftsweisend

70,8 Mio. Menschen waren Ende 2018 laut UNHCR von Flucht und Vertreibung betroffen. Damit ist die Zahl der Geflüchteten und Vertriebenen erneut gestiegen. Die Europäische Union, in der Deutschland eine führende Rolle einnimmt, ist durch ihre koloniale Vorgeschichte, mit ihrer Freihandelspolitik, mit Waffenexporten und militärischem Engagement einiger Mitgliedstaaten mitverantwortlich für diese Situation. Daraus erwächst die Verantwortung für eine gerechte wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Investitionen in sozial nachhaltige Entwicklung des Südens statt immer weitere Aufrüstung, für den Stopp von Waffenexporten und Kriegseinsätzen, für sichere und legale Fluchtwege (z.B. durch humanitäre Visa und Resettlement), für die volle Wiederherstellung des Asylrechts und menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten hier zu kämpfen. Unfaire Migrationsdeals und -partnerschaften mit afrikanischen Ländern, insbesondere mit der instabilen Regierung in Libyen lehnen wir entschieden ab. Wir müssen und wollen klar machen, dass wir die, die kommen wollen, als Botschafter*innen des Menschenrechts und künftige Kolleg*innen, Mitbürger*innen und Mitstreiter*innen für ein besseres Leben für alle begrüßen!

Für ein Seenotrettungsprogramm und eine gerechte Verteilung von Geflüchteten in Europa

Europa darf sich nicht gegen Geflüchtete abschotten! Ein europäisches Seenotrettungsprogramm muss auf den Weg gebracht werden, damit das Sterben auf dem Mittelmeer endlich ein Ende hat. Auch die Zustände auf der geschlossenen „Balkan-Route“ und an der kroatisch-bosnischen Grenze sind katastrophal. Dort werden Flüchtende von der Grenzpolizei brutal misshandelt, illegal nach Bosnien zurückgedrängt und ihnen das Recht auf Asylantragsstellung verwehrt. Der Kriminalisierung von Flüchtlings- und Seenotrettungsorganisationen treten wir entschieden entgegen. Abschiebungen in angeblich sichere Kriegs- und Krisengebiete treten wir entgegen.

Die deutsche Politik in der EU ist mit ihrem Bestehen auf sinnlosen Schuldenregeln auch mitverantwortlich für die Zerstörung sozialstaatlicher Möglichkeiten zum Beispiel in Italien und Griechenland. Diese Länder sind die ersten EU-Ankunftsländer und dürfen nicht mehr im Stich gelassen werden.

Eine Ausweitung sozialen Gestaltungsspielraums für alle Länder der EU ist notwendig, damit Geflüchtete in allen Mitgliedstaaten verantwortungsvoll aufgenommen werden können. Im Übrigen ist die Verbesserung der sozialen Bedingungen in der EU durch die Beendigung der unsäglichen Austeritätsdiktate ein notwendiger Beitrag gegen Rechtspopulismus, der die sozialen Ängste und den objektiven Mangel für seine Hetze gegen Geflüchtete ausnutzt.

Die humanitäre Krise auf dem Mittelmeer erfordert als ersten dringenden Schritt eine kurzfristige Zwischenlösung, um die von privaten Seenotrettungsorganisationen geretteten Menschen unverzüglich, und wie es das internationale Recht vorsieht, in sichere Häfen zu bringen, von wo sie dann auf Mitgliedstaaten verteilt werden.

Das Feilschen um Menschenleben muss endlich ein Ende haben. Es muss eine Überbrückungs-Vereinbarung über die Verteilung der geretteten Geflüchteten zwischen "willigen" EU-Mitgliedstaaten, in denen Sozialdemokrat*innen oder verbündete Parteien in Regierungsverantwortung sind, geschlossen werden. Sie würde so lange gelten, bis die EU-Mitgliedstaaten endlich ihre Zustimmung zur neuen Dublin-Regelung geben. Sie würde greifen, sobald ein Rettungs- oder Handelsschiff oder ein Schiff einer Küstenwache aus Seenot Gerettete an Bord aufgenommen hat. Eine entsprechende Aufnahmebereitschaft besteht in zahlreichen europäischen Städten. Mehr als 35 deutsche, italienische und spanische Städte haben sich bereits zu "Sicheren Häfen" erklärt. Die temporäre Überbrückungs-Vereinbarung soll die Unterstützung und Zusagen dieser Städte und von zivilgesellschaftlichen Organisationen einbeziehen.

Wir unterstützen außerdem den Vorschlag von Gesine Schwan, dass die EU-Kommission Kommunen, die sich freiwillig bereit erklären, mehr Geflüchtete aufzunehmen, mit finanziellen Mitteln belohnen solle. Kommunen, die Schutzsuchende aufnehmen wollen, sollen sich bei der Kommission direkt um die entsprechenden Gelder für Unterbringungskosten und Verpflegung bewerben. Die Kommunen sollen auf Basis von Bürgerpartizipation beraten, wie viele Geflüchtete sie aufnehmen wollen. Dadurch können auch etwa Gemeinden in Mitgliedstaaten, die sich einer Aufnahme von Schutzsuchenden bisher verweigern, die Blockadehaltung ihrer Regierungen umgehen. So wäre etwa Breslau in Polen bereit, Geflüchteten Schutz zu bieten, was durch die Haltung der Regierung jedoch zurzeit verhindert wird.

Auch die Vereinten Nationen bedürfen wesentlich intensiverer Unterstützung. Im Oktober vergangenen Jahres gab das UNHCR eine Finanzierungslücke von 4,5 Mrd. US-Dollar bekannt. Wir kämpfen für eine Erhöhung des Anteils der BRD und der EU an der Finanzierung und wollen auch nicht akzeptieren, dass die USA sich aus der Verantwortung zunehmend zurückziehen.

Für ein humanitäres Asylrecht in der EU

Die Einschränkungen des Asylrechts in Form der Asylpakete sind verheerend für die Zukunft und Perspektiven der Geflüchteten. Familien wurden und werden weiterhin auseinandergerissen, die andauernde Flucht wurde durch die Schließung von Grenzen noch gefährlicher gemacht und Perspektiven auf ein besseres Leben durch die Ernennung von sicheren Herkunftsländern zerstört. Durch die momentan noch geltende Dublin-Regelung, nach der Geflüchtete nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, über das sie in die EU eingereist sind (Erstankunftslandprinzip), ist für Geflüchtete eine ungeheure Zumutung. Sie landen in den Ländern des europäischen Südens und Ostens, in denen die Voraussetzungen für eine gelingende Teilhabe nicht gegeben sind und sie werden oft von ihren Familien und besseren Startbedingungen ferngehalten. Das stellt für viele eine große psychische und physische Belastung dar.

Diese Situation wäre nicht gegeben, wenn die EU-Mitgliedstaaten endlich ihre Blockadehaltung beenden und sich über die neue Dublin-Verordnung einig würden. Das Europäische Parlament verabschiedete „Dublin IV“ bereits im November 2017. Das ist ein wichtiger und progressiver Schritt nach vorne, weil unter anderem das Erstankunftslandprinzip abgeschafft werden soll. Das bedeutet, dass die Verteilung der Geflüchteten eindeutig organisiert würde und damit den Mittelmeerländern die „Last“ abgenommen würde. Das hätte auch zur Konsequenz, dass das Geschachere um Menschen, die auf See gerettet werden, endlich ein Ende hätte.

Wir brauchen außerdem ein umfassenderes Resettlement-Programm.

Für gelingende Inklusion der Geflüchteten

Nach unserer Auffassung gelingt Inklusion nur durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung. Aus diesem Grund positionieren wir uns klar gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Lagern oder Zentren, das Sachleistungsprinzip und fordern die Einführung der Gesundheitskarte. Minderjährige

unbegleitete Geflüchtete müssen weiterhin Hilfs- und Unterstützungsangebote im Rahmen des SGB VIII erhalten.

Wir treten ein für eine menschenrechtsfundierte Geflüchteten- und Migrationspolitik, die sich zu Solidarität, Integration, Inklusion und Partizipation bekennt und die dem humanitären Grundsatz verpflichtet ist: Die Fähigkeit zu Empathie, Mitmenschlichkeit, Solidarität macht uns erst zu Menschen!

Wir wollen außerdem die Asylverfahren nach dem Vorbild der Niederlande, d.h. Geflüchteten muss von Beginn an eine*n kostenlose*n Rechtsanwalt*Rechtsanwältin zur Seite gestellt werden, um Verfahrensmängel von Beginn an auszuschließen. Außerdem sollen bei allen Verfahren und Gesprächen Vertreter*innen von Flüchtlingsorganisationen anwesend sein, um Transparenz zu schaffen.